

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 2/2025

15. Mai 2025



Liebe Leserinnen und Leser,

seit meinem letzten „i.punkt“ ist viel geschehen. Das Ergebnis der Bundestagswahl am 23. Februar hat gezeigt, dass die demokratischen Parteien der Mitte zusammenstehen müssen, um dem Erstarken der extremen Ränder, vor allem der Rechtsextremen, entgegenstehen zu können. Die neue Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD hat diesen Auftrag angenommen und übernimmt Verantwortung in schwierigsten Zeiten. Das, was in Berlin sowohl mit dem gigantischen Investitionspaket und dem Koalitionsvertrag auf den Tisch gelegt wurde, entspricht endlich den Dimensionen der Aufgaben, die wir zu stemmen haben.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal allen Genossinnen und Genossen, die für uns plakatiert und diskutiert haben, die Flyer verteilt und an Schirmständen gefroren haben, von Herzen danken. Dass wir in der SPD bei Weitem nicht zufrieden sein können über das Ergebnis der Bundestagswahl ist klar. Es ist allerhand kaputt gegangen in diesem Wahlkampf und das sollte man auch an der Bundesspitze nicht übersehen. Darüber müssen und werden wir ausführlich reden. Viele waren entsetzt, wie Friedrich Merz kurz vor der Wahl im Bundestag mit der AfD taktierte. Da ging leider sehr viel Vertrauen zu Bruch.

Und trotzdem war und ist es wichtig und richtig, dass wir jetzt in einer Koalition mit CDU und CSU die Geschicke der Republik in die Hand nehmen. Wir werden das Land gut durch diese Krise steuern. Der Verantwortung ist die SPD in 160 Jahren noch nie ausgewichen. Keine Partei ist koalitionsfähiger, niemand verbiegt sich zum Wohle des Landes so wie wir. Böse Zungen behaupten, dass das rückgratlos sei. Dem möchte ich heftig widersprechen: Pragmatismus ist in der Politik unerlässlich. Programm aber

auch - und wir haben ein starkes Programm und das haben wir gut in den Koalitionsvertrag eingebracht.

Die Koalitionsverhandlungen waren weiß Gott nicht einfach. Ich durfte wieder in Berlin dabei sein und mein Know-How als früherer Kultusminister in der Arbeitsgruppe Bildung, Forschung und Innovation einbringen. Die Verhandlungen waren weder ein Strategiespiel noch ein Fingerhakeln. Dass am Ende so viele Ergebnisse den Forderungen der SPD entsprechen, ist weder Zufall noch Punktsieg, sondern entspricht schlicht und einfach der Faktenlage: Wir müssen investieren, wir müssen die Gesellschaft zusammenhalten, wir müssen Arbeitsplätze sichern und Wohnungen bauen. Und wir als SPD werden dafür sorgen, dass alle dringenden Maßnahmen zur Stärkung unseres Landes und unserer Wirtschaft sozialverträglich und ohne Abbau unserer hart erkämpften sozialen Standards durchgeführt werden. Ja, ich bin zufrieden mit diesem Koalitionsvertrag und ich bin froh, dass 85 Prozent der Mitglieder für ihn gestimmt haben. Dieses überzeugende Votum war entscheidend für eine zügige Regierungsbildung, die die derzeitige Situation in Deutschland und in der Welt dringend erfordert hat.

Auf die neue Bundesregierung kommen große Aufgaben zu. Es geht darum, die Modernisierung Deutschlands durch massive Investitionen voranzutreiben und dabei niemanden zurückzulassen. Es muss jetzt alles daran gesetzt werden, das Vertrauen der Menschen in unsere Demokratie zurückzugewinnen. Die SPD ist mit einem starken Team in der Regierung und ich bin zuversichtlich, dass sie unsere Anliegen und Werte vertreten und wir mit großen Schritten vorankommen.

Auch möchte ich hier noch an das Ende des Zweiten Weltkriegs erinnern, das sich am 8. Mai zum 80. Mal jährte. Wir alle müssen gemeinsam dafür sorgen, dass eine solche humanitäre Katastrophe nie wieder geschieht. Wir müssen unsere Demokratie schützen und verteidigen! Die SPD hat das immer getan und wird dies auch weiterhin tun. In diesem Sinne wünsche ich eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Heute in die Zukunft investieren!

In der 120. Sitzung des Landtags am 9. April regte die SPD in einer Aktuellen Debatte Gespräche darüber an, einen fraktions- und wahlperiodenübergreifenden Investitionsplan für Baden-Württemberg auszuarbeiten. Dies hatte ich zuvor bereits in einem Brief an alle demokratischen Fraktionen angeregt. (Auszug aus meiner Rede)

„Nach der Änderung des Grundgesetzes, die noch vom alten Bundestag beschlossen wurde, sind nun Antworten auf die massiven Herausforderungen unserer Zeit im Bund, aber auch in den Ländern möglich und nötig. Sowohl Finanzminister Bayaz, als auch Ministerpräsident Kretschmann haben zumindest zeitweise eine Reform der Schuldenbremse im Land angedacht, um unsere Wettbewerbsfähigkeit und die Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte zu gewährleisten. Doch immer wenn die SPD mehr Investitionen forderte, hieß es, es sei kein Geld da. Das hat sich nun geändert: Mit viel mehr Geld vom Bund gibt es nun auch viel mehr Möglichkeiten fürs Land, zusätzlich Geld in die Hand zu nehmen. Wir müssen unsere Landesverfassung anpassen. Schritte dieser Tragweite brauchen einen breiten Konsens für eine größere demokratische Legitimation und längere Haltbarkeit der Entschlüsse. Ich rege deswegen an, dass die Landesregierung und alle demokratischen Parteien im Landtag gemeinsam in Ruhe, aber zügig darüber sprechen, welche Investitionen für unser Land am wichtigsten sind. Wir wollen gemeinsam darüber reden, was unser Land braucht und wo und wie wir anfangen. Die Zeit drängt! Das können wir nicht auf 2026 vertagen. Deswegen ist unser Vorschlag, einen Konsens jetzt zu suchen. Ich freue mich, dass sich auf meinen Brief hin an alle demokratischen Fraktionen offen für solche Gespräche gezeigt haben. Das zeigt Verständnis für die Lage und die Dimensionen der Herausforderung. Wir wollen einen Anstoß für Programme, die zeitlich über mehrere Wahlperioden hinaus reichen. Planen und Bauen braucht Zeit. Und wir brauchen möglichst viel Verlässlichkeit, egal ob es um unsere Wirtschaft, den Schulbau, Brückensanierungen oder um neue Wohnungen geht. Die Erwartungen an die Politik sind groß. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Die SPD will unsere Wirtschaft mit einer „Transformationsmilliarde“ unterstützen. Auch über eine „Bildungsmilliarde“ haben wir nachgedacht. Wir müssen auch darüber reden, wie wir unsere Kommunen besser unterstützen können. Denn sie sind der Ort, wo die Menschen spüren, ob Dinge funktionieren oder nicht. Wir müssen gemeinsam an tragfähigen Lösungen arbeiten. Es geht um unser Land, um unsere Zukunft! Gehen wir gemeinsam in die Offensive!“

Hilfe für unsere Kommunen!

Am 14. Mai diskutierte der Landtag in seiner 122. Sitzung im Rahmen einer Aktuellen Debatte, beantragt von der SPD, wie den finanziell in Not geratenen Kommunen geholfen werden kann. (Auszug aus meiner Rede)

„Es ist kaum mehr als einen Monat her, da haben wir als SPD eine Zukunftsoffensive für Baden-Württemberg gefordert und uns für Investitionsentscheidungen zeitnah zusammensetzen. Da müssen die Kommunen dringend mit an den Tisch, denn sie sorgen für 85 Prozent der Sachinvestitionen im Land, aber auch wegen massiver und struktureller Schwierigkeiten. Viele der Kommunen stehen schon jetzt vor der Zahlungsunfähigkeit. Das ist verstörend, aber ebenso verstörend ist die Reaktion des Innenministers, der Zwangsverwaltung androhte. Unsere Kommunen haben im Vorjahr erstmals über drei Milliarden Euro an Defiziten angehäuft und es werden in diesem Jahr noch mehr. Erst zu Beginn der Woche waren Spitzenvertreter der drei kommunalen Landesverbände in unserer Fraktion zu Gast und haben uns ihre Lage eindringlich geschildert. Eine Zukunftsoffensive ist jetzt noch notwendiger! Wir müssen darüber reden, dass die Bundesregierung die vereinbarten Finanzmittel so schnell wie möglich auf den Weg bringt und das Land dann schon einen Fahrplan hat und mitziehen kann. Wir müssen aber auch über Soforthilfen reden, die z.B. aus den auf neun Milliarden Euro angewachsenen Rücklagen im Landeshaushalt entnommen werden könnten. Oder über einen erhöhten Umsatzsteueranteil oder die Genehmigung erhöhter Kredite durch die Kommunalaufsicht. Und es muss auch um Bürokratieabbau gehen – um weniger starre Programme und mehr Flexibilität. Die Kommunen wissen selbst am besten, wo sie investieren müssen. Reden wir auch über den immensen Vorwegabzug aus dem kommunalen Finanzausgleich in Baden-Württemberg, der inzwischen eine Milliarde erreicht und bis 2028 auf diesem Rekordniveau festgeschrieben ist. Das wird der aktuellen Lage nicht gerecht! Es wird Zeit, über die strukturellen Bedarfe der Kommunen zu reden - über die Webfehler im System, über Subsidiarität und Konnexität und warum sich darum niemand schert. Das Land hat die Notrufe der Kommunen viel zu lange verkannt. Doch ob unser Land funktioniert oder nicht, entscheidet sich ganz erheblich in unseren Kommunen. Wenn sie in der Krise sind, dann haben wir eine Krise des Vertrauens der Menschen in unseren Staat, in unser Gemeinwesen und seine Handlungsfähigkeit. Das darf nicht passieren! Hören Sie den Kommunen zu! Da klopfen keine Bittsteller an, da kracht es im Fundament unseres Landes.“

Zukunft.Gemeinsam.Machen!

Seit Frühjahr letzten Jahres besuche ich im Rahmen meiner Zukunftstour unter dem Motto „Zukunft.Gemeinsam.Machen!“ Unternehmen und Forschungseinrichtungen, um Ideen für eine wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft unseres Landes zu sammeln. Nach Ende der Tour werde ich einen Zukunftsplan mit konkreten Forderungen vorstellen. Denn die Zukunft unseres Landes hängt davon ab, dass wir wettbewerbsfähig bleiben und in der Transformation, Digitalisierung und KI nicht abgehängt werden. So sichern wir Arbeitsplätze und den Wohlstand von morgen. Hierfür sind Investitionen nötig. Um die drängendsten Investitionsfelder herauszuarbeiten, bin ich auch im Austausch mit Betriebsräten, den IHKn, dem baden-württembergischen Handwerkstag und weiteren Verbänden. Auch in meinem Wahlkreis habe ich bereits unterschiedlichste Unternehmen besucht und nach den Rahmenbedingungen gefragt, die die Politik schaffen sollte.

Pilotprojekt CI4C bei Zementhersteller Schwenk

Die klimaneutrale Transformation unserer Wirtschaft ist eines der Hauptthemen bei meiner Zukunftstour. Bei Schwenk wird in einem weltweit erstmaligen Pilotprojekt, hinter dem das Joint Venture „Cement Innovation for Climate“ vier großer Zementhersteller steht, im Pure-Oxyfuel-Verfahren der Brennprozess durch Zuführen reinen Sauerstoffs verändert, das CO₂ aufkonzentriert und dessen Abscheidung erleichtert. Es wird nicht in die Umwelt abgegeben, sondern kann als Rohstoff gespeichert werden. Die Vertreter des Projekts regen den zügigen Ausbau eines CO₂-Pipeline-Netzes an und wünschen auch lokale Lösungen für eine CO₂-Lagerung, um Wertschöpfung im Land und Transportkosten gering zu halten. Bei öffentlichen Ausschreibungen sollte die Klimafreundlichkeit der Grundstoffe unbedingt stärker beachtet werden.



Bad- und Heizungsbau Frick in Gerstetten



Rainer und Christian Frick haben sich auf den Einbau von Wärmepumpen spezialisiert. Dringliche Fragen sind für sie die Nachfolgeregelung, der Fachkräftemangel und die Beschäftigung von Migranten sowie Verbesserungen in der schulischen Berufsausbildung. Insgesamt müsse das Handwerk wieder mehr geschätzt werden. Fricks werben für den Umstieg auf erneuerbare Energien im Heizungsbereich, denn fossile Brennstoffe sind endlich und werden absehbar immer teurer. Allerdings müsse die Politik die Menschen mitnehmen und Vertrauen aufbauen.

Turbinenbauer Stellba Hydro in Herbrechtingen



Stellba Hydro hat sich auf die Modernisierung und Optimierung bestehender Wasserkraftwerke spezialisiert. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist fundamental für eine gelingende Energiewende. Beim eher volatilen Strommix aus Wind- und Solarenergie kann Wasserkraft – speziell in Verbindung mit Pumpspeicherkraftwerken – einen wertvollen Beitrag zur Netzstabilität leisten, ebenso zur Prävention bei Extremwetterereignissen. Die Branche braucht längerfristige Förderprogramme, möglicherweise durch eine Netzstabilisierungsprämie, eine vernünftige Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und keine einschlägigen Kürzungen im EEG. Auch hier fehlen Fachkräfte, vor allem im Montagebereich. Die Suche nach Auszubildenden wird zunehmend herausfordernd und es gibt derzeit auch zu wenig Absolventen des klassischen Maschinenbaustudiums auf dem Arbeitsmarkt.

Nominierung Landtagswahl 2026

Bei der Wahlkreismitgliederversammlung zur nächsten Landtagswahl am 8. März 2026 habe ich mich erneut für eine Kandidatur beworben und bin mit 100 Prozent als Landtagskandidat für meinen Wahlkreis nominiert worden. Herzlichen Dank für das Vertrauen und den großen Zuspruch! Es ist mir eine große Ehre und Ansporn zugleich. Mit voller Kraft werde ich Seite an Seite mit meiner Zweitkandidatin Annika Mittelstädt und unserem SPD-Kreisverband in den Landtagswahlkampf ziehen.



Seit über 16 Jahren bin ich inzwischen Abgeordneter für den Wahlkreis Heidenheim im Stuttgarter Landtag. Das bin ich sehr gerne und das möchte ich auch weiterhin sein. Heidenheim ist nicht nur mein Wahlkreis, es ist vor allem meine Heimat. Außer während des Studiums habe ich mein ganzes Leben hier verbracht. Ich weiß, wo wir sind, wo wir herkommen und wo wir hinwollen in diesem kleinen Kreis. Ein kleiner Kreis hat seine Vorteile: Man trifft sich häufiger, der Kontakt und Austausch ist enger. Wir schaffen hier leichter zusammen und das muss auch so sein. Wir haben hier schon immer einen starken SPD-Kreis mit den besten Ergebnissen im Land. Diese will ich nicht nur verteidigen, ich will sie verbessern. Wer meint, ich spazierte aufgrund des neuen Wahlrechts und meines guten Listenplatzes als Landesvorsitzender gelassen auf ein „gemähtes Wiesle“, kennt mich nicht gut genug. Ich möchte nicht nur um ein Mandat kämpfen, sondern ich möchte das Direktmandat holen. Mit diesem Anspruch werde ich in den Wahlkampf gehen. Wir haben bei der kommenden Landtagswahl eine besondere Situation: Es gibt seit Jahren keinen CDU-Abgeordneten und bei den Grünen fällt der Kretschmann-Bonus weg. Deswegen ist für die SPD hier im Kreis im März 2026 mehr drin: Wir holen das Direktmandat!

DGB-Kundgebung zum 1. Mai



Traditionell bin ich bei der Kundgebung unseres DGB zum 1. Mai in Heidenheim mit dabei. Bei strahlendem Sonnenschein und toller Atmosphäre sind wir gemeinsam vom Konzerthaus zu den Levilain-Anlagen beim Bahnhof gezogen und haben für gute Arbeit, soziale Sicherheit und ein selbstbestimmtes Leben demonstriert. Als SPD sprechen wir für die vielen fleißigen Beschäftigten in diesem Land und kämpfen gerade in diesen zunehmend schwierigen Zeiten um jeden Arbeitsplatz. Gemeinsam mit den Betriebsräten und Gewerkschaften lassen wir nicht locker und treten für eine starken Industriestandort Baden-Württemberg ein, für einen gerechten Lohn und Entlastungen für die Beschäftigten, sichere Renten und mehr Tarifbindung.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de